



Annelie Buntenbach

Rede

Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands

Demonstration im Rahmen des Europäischen Aktionstages

Brüssel, 29.09.2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Welcome, dear colleagues and friends!

Chers camarades, je vous salue!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich grüße Euch!

Ihr seid heute in aller Frühe aus den verschiedensten Orten aufgebrochen, um hier in Brüssel an der Seite von Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa zu demonstrieren.

Ich freue mich sehr, dass sich so viele aufgemacht haben, und möchte Euch im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbunds ganz herzlich begrüßen.

Wir demonstrieren an diesem 29. September hier in Brüssel genauso wie in Madrid, Rom, Dresden und an vielen weiteren Orten Europas gegen eine Politik der Ungerechtigkeit, eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung, die bei den Armen kürzt und dafür sorgt, dass die Reichen immer reicher werden.

Ich bin froh, dass heute so viele auf der Straße stehen. Nur wenn wir über nationale Grenzen hinweg Einigkeit, Stärke und Solidarität zeigen, können wir Europa verändern. Und das ist dringend nötig, Kolleginnen und Kollegen.

Lasst mich auch ein paar Worte zur momentanen Situation in Deutschland sagen.

Mit den restriktiven Haushaltskürzungen werden auch bei uns die Lasten der Krise den kleinen Leuten aufgebürdet und nicht denen, die sie verursacht haben. Das ist zutiefst ungerecht – und außerdem ist es auch noch schädlich für die Konjunktur.

Den Kommunen wird das Geld gestrichen, die öffentliche Infrastruktur kaputt gespart. Wo in den Betrieben wieder eingestellt wird, ist das Leiharbeit – aber wir wollen kein „hire and fire“, sondern gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Deshalb ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund unter dem Motto „Deutschland in Schieflage“ zur Beteiligung an gewerkschaftlichen Herbstaktionen auf. In der ganzen Bundesrepublik wollen wir mit unseren Mitgliedsgewerkschaften vor Ort und in den Betrieben gegen diese Politik mobil machen.

Nicht nur in Deutschland soll es so genannte Sparmaßnahmen geben. In vielen Ländern wird die Axt an die sozialen Sicherungssysteme gelegt, wird die Rente gekürzt.

DGB-Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>

Tel.: 030 / 240 60 - 0

Fax: 030 / 240 60 - 324



Die Menschen sollen immer länger arbeiten – dabei gibt es dafür gar keine Jobs. Die Arbeitslosigkeit ist vielerorts stark gestiegen, das trifft gerade die Jugend hart. Prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut nehmen zu.

All diese Maßnahmen auf nationaler Ebene, die die Gesellschaft weiter spalten – ob Sozialabbau oder Rentenkürzungen – gefährden die soziale Substanz des Einigungsprozesses und damit das europäische Sozialmodell.

Außerdem erwarten wir, wenn es um das Auslaufen von Subventionen wie bei der Kohle geht, dass die Kommission die Vereinbarungen auf nationaler Ebene respektiert. In dem Fall geht es sogar um ein Gesetz, das der Deutsche Bundestag beschlossen hat und auf das die Gewerkschaften sich verlassen. Hier ist doch nicht das oberste Ziel die schnellstmögliche Durchsetzung des so genannten Freien Marktes mit der Brechstange, sondern es geht um sozialverträgliche Lösungen!

Wir sehen mit großer Sorge, dass seit Jahren versucht wird, das soziale Europa der wirtschaftlichen Integration und den Binnenmarktfreiheiten zu opfern. Das werden wir nicht zulassen!

Wir wollen ein soziales Europa und fordern deshalb gemeinsam mit allen europäischen Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel, die im Lissabon-Vertrag den Vorrang der sozialen Rechte in Europa verbindlich sicherstellt.

Wir engagieren uns zusammen für ein anderes Europa – für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit, faire Mobilität und Solidarität!

Auf geht's!

On y va!

Let's do it!